

Rede von Matthias Bärwolff

"Thüringen sagt Ja zu Kindern"

**Zum Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 4/3486 -**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mit Verwunderung hat die Fraktion DIE LINKE den Antrag der CDU, der Landtag unterstützt die Initiative "Thüringen sagt Ja zu Kindern" und die Landesregierung möge zu Hilfsangeboten für Schwangere im Freistaat berichten, zur Kenntnis genommen. Die Initiative "Thüringen sagt Ja zu Kindern" ist eine von Parität, der TLZ, Antenne Thüringen, dem Sozialministerium und dem Landtag getragene Kampagne. Sie besteht aus drei Teilen, das hat der Sozialminister schon ausgeführt. Dass im öffentlichen Raum für die Belange des Kinderschutzes sensibilisiert werden soll, ist durchaus zu begrüßen, jedoch brauchen wir auch darüber hinaus ein engagiertes Handeln, wenn es um unsere Kleinsten geht. Der zweite Teil der Kampagne, ein Wettbewerb um die kinderfreundlichste Gemeinde in Thüringen, deren Sieger ein Kinderfest gesponsert bekommt, ist ja durchaus auch zu begrüßen, und der dritte Teil, das Sammeln von Spenden, mit denen verschiedene Projekte im Bereich des Kinderschutzes unterstützt werden sollen, wird auch unsere Befürwortung finden. Dies alles sind lobenswerte Ansätze, die wir da als Landtag unterstützen sollen. Jedoch fragt man sich, was ein solcher Schaufensterantrag hier im Landtag bewirken soll.

*(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Unverschämt!)*

*(Beifall DIE LINKE)*

Kinderfreundlichkeit? Mit den Anträgen, die durch die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion der SPD in den letzten Wochen und Monaten hier im Landtag beraten wurden, hätten wir einiges tun können für Kinderfreundlichkeit, beispielsweise kostenloser Zugang für Kinder in Museen, in Theater, zu kulturellen Einrichtungen, beispielsweise die Umsetzung und Durchsetzung der Lernmittelfreiheit - all dies gehört auch zur Frage Kinderfreundlichkeit hinzu. Dort hätte der Landtag durchaus die Möglichkeit gehabt, einiges auch zu tun.

*(Beifall DIE LINKE)*

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir reden seit über einem Jahr über die Fragen des Kinderschutzes. Wir hatten Maßnahmekataloge und Sofortprogramme, wir hatten Debatten und Anhörungen. Was sich allerdings an den Strukturen geändert hat und was sich dort nachhaltig verändert hat, lässt sich doch recht schnell überblicken. Selbst wenn ein 19-Punkte-Maßnahmeplan in allen Punkten umgesetzt wird, ergeben sich daraus noch eine Vielzahl von Fragen und Problemen. Sowohl die Anhörung im Sozialausschuss hat uns darauf aufmerksam gemacht als auch der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. Beispielsweise wird konstatiert, dass es versäumt wurde, die positiven Erfahrungen aus der DDR im Bereich der Vorsorgeuntersuchungen und des öffentlichen Gesundheitsdienstes in die weitere Diskussion um den Ausbau des Kinderschutzes mit einzubeziehen. Deutlich wurde dies von einigen Anzuhörenden - wie beispielsweise Prof. Meißner - geäußert, dass es im Bereich Kinderschutz strukturelle Probleme gibt, die wir wohl auch mit einem Kinderfest für die kinderfreundlichste Gemeinde nicht lösen können.

*(Beifall DIE LINKE)*

Wie können wir beispielsweise den Datenaustausch von den Landesämtern aus realisieren? Wie sollen Jugend- und Gesundheitsämter aufsuchende Arbeit leisten, wenn sie gar nicht wissen, wen sie aufsuchen sollen? Die Probleme beispielsweise des Datenschutzes müssen ernsthaft geklärt werden. In anderen Bundesländern, wie in Berlin oder dem Saarland, sind diese Fragen in einer durchaus annehmbaren Art und Weise geregelt, ohne dass mit solchen sensiblen Daten unnötig hantiert wird.

Eine weitere Frage: Welche Rolle soll oder welche Rolle kann der öffentliche Gesundheitsdienst einnehmen, wenn es beispielsweise um eine Mütterberatung geht? Auch diese Frage muss geklärt werden, denn es ist mitnichten so, dass alle Strukturen bezüglich des Kinderschutzes geklärt wären. Viele Kinder- und Jugendschützer begrüßen es, wenn beispielsweise der ÖGD mit seinen Fachärzten und Kenntnissen hier stärker einbezogen würde. Dafür aber müssen Gesetzlichkeiten geändert werden. Und das, meine Damen und Herren, verstehen wir als Linksfraktion darunter, etwas für den Kinderschutz zu tun, denn wir als Linksfraktion werden uns auch weiterhin dafür stark machen.

*(Beifall DIE LINKE)*

Diese Fragen sind für uns sehr von Bedeutung. Eine weitere Frage stellt sich beispielsweise, wenn es um die Finanzierung von Kinderschutzdiensten geht. Dass diese Einrichtungen immens wichtig sind, ist wohl den meisten von uns bewusst, nicht umsonst arbeiten nun auch im Kyffhäuserkreis und im Ilm-Kreis neue Kinderschutzdienste. Problematisch dabei ist jedoch, dass die bisherige Förderung in den Kommunalen Finanzausgleich gewandert ist und nun die Richtlinie "Örtliche Jugendförderung" nun auch weiter um diesen Aufgabenbereich erweitert wurde. Dass dies nicht sachdienlich ist, will ich Ihnen an einem kleinen Problem darstellen.

Zum einen gab es bislang eine Direktzahlung an die Kinderschutzdienste. Nun werden diese gesamten Mittel der Kinderschutzdienste über die Jugendpauschale gleichmäßig im ganzen Land verteilt. Das heißt zum einen, dass die Kinderschutzdienstmittel an alle verteilt werden, und zwar unabhängig davon, ob der Kreis nun einen Kinderschutzdienst unterhält oder nicht, zum anderen haben jene Kreise nun weniger Geld für die bisherigen Aufgaben und Leistungen im Rahmen der örtlichen Jugendförderung zur Verfügung und werden also doppelt bestraft. Dies kann unsere Zustimmung nicht finden. Wenn Sie mit der Kampagne "Thüringen sagt Ja zu Kindern" dann auch noch Geld sammeln wollen, sozusagen die Privaten heranziehen wollen, um diese ja doch staatlichen Leistungen zu unterstützen und zu finanzieren, dann muss das doch auch ganz kritisch hinterfragt werden, denn Fachlichkeit kann man nicht über Spendensammlungen unseres Erachtens herstellen und gewährleisten.

*(Beifall DIE LINKE)*

Wir als Linksfraktion fordern Sie erneut auf, endlich auch strukturelle Veränderungen vorzunehmen, um den Kinderschutz auch mit eigenen Programmen zu fördern. Eine wichtige Zielstellung muss dabei sein, bereits Schwangeren niedrigschwellige Hilfsangebote zu unterbreiten. Im Rahmen der Kinderkonferenz im Februar in Jena kamen dazu auch mehrere Modellprojekte zur Sprache. Eine Hochrisikoeinschätzung von Schwangeren und die damit verbundene Begleitung bereits vor der Geburt sichern den frühzeitigen Zugang zu Hilfen. Eine breit ausgebaute Mütter- und Familienberatung könnte solche Aufgaben beispielsweise leisten. Deshalb fordern wir Sie auf, nicht nur mit Modellprogrammen vieles zu erproben, sondern auch nach Abschluss dieser solche Programme in die Regelfinanzierung zu überführen, denn das ist es, was wir wirklich brauchen.

"Thüringen sagt Ja zu Kindern" - so der Name des Antrags und der Initiative. Wir finden es positiv, wenn sich gesellschaftliche Träger mit solchen Aktionen um den Kinderschutz und um Kinderfreundlichkeit bemühen. Was aber passiert mit den Kindern, die wir vor der um sich greifenden Kinderarmut schützen müssen? Auch diese Frage gilt es dringend zu klären. Ich wünsche mir, dass sich diese Kampagne auch dieses Problem zum Gegenstand macht, denn über ein Viertel der Kinder in Thüringen leben in Armut. Da sind Kinderrechte in der Verfassung verankert durchaus ein wirksamer Schutz und durchaus ein wirksamer Beitrag zu Kinderfreundlichkeit. Dazu hatten wir ja bereits in der Vergangenheit auch die Möglichkeit, mehrere Anträge zu diskutieren.

*(Beifall DIE LINKE)*

Eine Aktuelle Stunde, meine Damen und Herren, zur Studie von World Vision ist zwar gut und schön, aber dem aktuellen Kinderreport, der gestern vorgestellt wurde, wäre sie wohl angemessener. Ausgrenzung durch das Bildungssystem, strukturelle Benachteiligung und vererbte Armut, das sind die Probleme, vor denen wir stehen und die wir dringend mit aller Konsequenz lösen müssen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE sagt Ja zu Thüringen, sagt Ja zu Kindern und vor allem sagen wir Ja zu einem Kinderleben ohne Armut. Danke.

*(Beifall DIE LINKE)*